

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG
GRÜNE KREISTAGSFRAKTION UND GAL-FRAKTION WEINHEIM
22.06.2009

K 4229 und Dammwegbrücke – „wer bestellt der bezahlt“ Grüne und GAL kritisieren Haltung des Landkreises

Die Grünen im Kreistag und die Weinheimer GAL-Fraktion wenden sich gemeinsam gegen die Heranziehung der Stadt Weinheim zu den Kosten eines Neubaus der Dammwegbrücke im Weinheimer Ortsteil Sulzbach. Bekanntlich ist die Kostenträgerschaft zwischen Landkreis und Stadt seit Monaten strittig, zuletzt war das Bundesverkehrsministerium eingeschaltet. „Es ist ein Präzedenzfall, ob Kosten, die eindeutig eine Straßenbaumaßnahme des Kreises auslöst, nachträglich zu großen Teilen der Kommune aufgebürdet werden können, auf deren Gemarkung die Maßnahme stattfindet“, sagte Grünen-Kreisrat und GAL-Stadtrat Uli Sckerl. Wenn der Landkreis sich hier durchsetze, werde künftig der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Der Planfeststellungsbeschluss für die KVS / K 4299 habe hingegen eindeutig festgelegt, dass der Verursacher und damit Träger der Kosten der Rhein-Neckar-Kreis sei. „Also soll der Landkreis für alle Kostenfolgen seines Handelns an allen Streckenabschnitten, auch bei der Dammwegbrücke aufkommen“, schlussfolgert Sckerl, denn es gelte der alte Satz, „wer bestellt der bezahlt auch“. Er wies zudem darauf hin, dass das bei diesem Streit viel zitierte „Eisenbahnkreuzungsgesetz“ bereits zu dem Zeitpunkt gegolten habe, als der Planfeststellungsbeschluss erging. Die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes hätten sich bis heute nicht geändert. Der Streit, ob es sich beim Neubau der Dammwegbrücke um „einen Kreuzungsbereich“ oder um „zwei Kreuzungsbereiche“ handle, sei vom Landkreis nur künstlich geschürt worden, um die Stadt unter Druck zu setzen. Grüne und GAL kritisierten das Innenministerium in Stuttgart, das in dem Streit einseitig Partei für den Landkreis ergriffen habe und die Stadt Weinheim zusätzlich unter Druck setze mit der Ankündigung, nur bei Kostenübernahme durch die Stadt überhaupt eine Landesförderung zu gewähren. Dieses Verhalten sei anrühlich und müsse aufgeklärt werden, sagte die GAL-Fraktionsvorsitzende Elisabeth Kramer „Von unserer Fraktion gibt es keinen Cent für diese Maßnahme,

weil es keinerlei rechtliche Verpflichtung der Stadt gibt“, sagte Kramer weiter. Die GAL will den Vorgang, der da hinter den Kulissen in den letzten Monaten aufgebauscht worden sei, vollständig aufgeklärt sehen. Die einzige akzeptable Lösung sei, dass der Rhein-Neckar-Kreis den Brückenbau finanziere, so Kramer abschließend.